Leitlinien einer zukünftigen
Energiepolitik -
Politik heißt selbstbestimmt
die Zukunft gestalten

Rede
des Oppositionsführers im
Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Klaus M A T T H I ES E N,

vor der Bundesfachkonferenz
Energie und Umwelt
der Jungsozialisten in der SPD

am

Sonnabend, dem 20. Mai 1978
in W i l s t e r

C 99 - 00691

Leitlinien einer zukünftigen Energiepolitik -
Politik heißt selbstbestimmt die Zukunft gestalten.

Zur Ausgangslage

Die Diskussion um den Einsatz von Kernenergie für die Deckung unseres Energiebedarfs ist bisher mit viel Emotionen geführt worden. Verständlicherweise. Denn es geht um die Frage: Wie wollen wir in Zukunft leben und dem Auftrag, der sich daraus für die Politik ergibt: "Die technologische Entwicklung muß das Resultat demokratischer Entscheidungen über die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft sein!" Dies ist meine Meinung. Dies ist die Meinung der SPD in Schleswig-Holstein. Und dies ist die Meinung der SPD im Bund, deren Hamburger Parteitagsbeschluß ich eben zitierte.
Deshalb möchte ich mich heute auf zwei Fragen beschränken:

1. Können wir mit dem Hamburger Parteitagsbeschluß faktisch die Selbstbestimmung politischen Handelns im Bereich der Energiepolitik wieder herstellen und eine Politik korrigieren, die nichts anderes ist als die Fortschreibung vermeintlicher Sachzwänge, und was müssen wir dafür praktisch tun?

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek Bundesarchiv

C 99 - 00691

2. Wir müssen den Versuch unternehmen, unser Verhältnis zu der ökologischen Bewegung der "Grünen" zu bestimmen, frei von politischer Taktik.

Der Hamburger Parteitagsbeschluß und die Position des SPD-Landesverbandes

Die politische Zielsetzung der SPD in Schleswig-Holstein in Fragen der Energiepolitik war richtig. Denn unsere Forderung nach einem politischen Baustop als Denkpause, besser als Zeitpause zum Nachdenken, war die folgerichtige Forderung, wenn man dreierlei erreichen wollte:

1. in der Energiepolitik den Primat der Politik vor den ökonomischen "Sach"zwängen wieder herzustellen,
2. einen Prozeß des Umdenkens im Umgang mit fossilen und anderen Energiequellen einzuleiten und
3. die Kernenergie wegen ihrer Sicherheitsrisiken solange zurückzudrängen, bis alle Sicherheitsbedingungen nicht nur in Konzepten, sondern auch in der Praxis verwirklicht waren (Gorleben).

Positiv formuliert:

Wir traten dafür ein:

- die Energiesparmaßnahmen zu forcieren,
- die Option für die natürlichen und zur Verfügung stehenden Energieträger zu öffnen,
- den betroffenen Bürgern ein angemessenes Mit-

spracherecht einzuräumen, und die Entscheidung über die Errichtung von Kraftwerken zurück in die politische Verantwortung der Parlamente zu legen.

Gerade weil wir Realisten waren und von der normativen Kraft des Faktischen ausgingen, haben wir für den politisch bedingten Baustop votiert. Er hätte den Zwang zur Neuorientierung bedeutet.

Weil wir Realisten sind, und Parteitagsbeschlüsse das wert sind, was sie an veränderter Praxis bewirken, drängen wir nun auf die Durchsetzung des Parteitagsbeschlusses. Denn er entspricht unseren Forderungen in zwei Punkten voll:

Hauchzer

1. In der Forderung nach einem Energiesparprogramm und
2. in der Forderung nach der Entwicklung alternativer Energiearten

und in einem dritten Punkte teilweise:
er räumt bei der Energiebedarfsdeckung der Kohle eindeutig Priorität ein.

Dabei ist es für uns noch einmal von Bedeutung festzuhalten, daß zwei Grundannahmen der Kernkraftbefürworter sich inzwischen als Legenden herausgestellt haben.

Die erste Legende ist die zwangsläufige Koppelung der Zuwachsraten von Wirtschaftswachstum, Energiebedarf und Arbeitsplatzsicherheit.

Und die zweite Legende ist der Mythos der angeblichen Energielücke, die durch Kernkraft zu schließen sei.
Dazu noch einige Hinweise:

Die Legende von der Energielücke

Der mittel- und langfristige Ausbau der Kernenergie wurde und wird begründet mit dem Ende der fossilen Energiequellen und, bei der Möglichkeit zum Preisdiktat, mit der dadurch verursachten Steigerung der Ölpreise. Übersieht man die Prognosen über Umfang und Ausmaß fossiler Energiequellen im Weltmaßstab, so sind die bis zum 1.1.1975 nachgewiesenen Weltvorräte:

Erdöl	97 Mrd. t =	140 Mrd. t SKE
Erdgas	70 000 Mrd Nm^3 =	84 Mrd. t SKE
Kohle	70 000 Mrd. T SKE	
Uran	3.4 Mio t U_3O_8	ausreichend für den bisher geplanten Energiebedarf von Kernenergie bis ins Jahr 2.000.

Daraus wird deutlich: Der Einsatz von Kerntechnologie, zumindest die Leichtwasserreaktoren, sind nur mittelfristiger Ersatz für Erdöl und Erdgas. Langfristig kann bei fossilen Energieträgern praktisch nur mit einem unerschöpflichen Vorrat an Kohle gerechnet werden.

Der forcierte Ausbau von Kernkraft als Energieträger ist unter dem Argument Ende der fossilen Ressourcen überhaupt nur in Bezug auf Erdgas und Erdöl richtig. Für die BRD ist dieses Argument besonders unsinnig,

da der einzig relevante heimische Energieträger, die Kohle, in den vorhandenen Förderkapazitäten überhaupt nicht voll ausgelastet ist, da die EVUs bisher den für sie betriebswirtschaftlich kostengünstigeren Einsatz von Kernenergie favorisieren.

Zwar sieht das Energieprogramm der Bundesregierung den Einsatz von 33 Mio t Ruhrkohle für die heimische Kohleverstromung vor; trotzdem liegt die Kohle auf Halde; 1975 wurden nach Angaben des RWE nur 24,9 Mio t Kohle verstromt; bei Ausnutzung aller vorhandenen Kraftwerkskapazitäten hätten höchstens 5 Mio t mehr verstromt werden können.

Die These von der Notwendigkeit der Kernenergie als Ersatz für die fossilen Energieträger ist deshalb getürkt; sie entspringt dem politischen Rationalisierungszwang für vorgefundene ökonomische Zwänge.

Die Legende vom unauflösbaren Zusammenhang von Energiezuwachs und Wirtschaftswachstum

Der Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, Primärenergieverbrauch und Stromverbrauch zeigt in der Tat in der Vergangenheit Zusammenhänge, die nicht zu leugnen sind:
Die Zahlenzusammenhänge lauten:

	1950-60	1960-73	1973-76
Wirtschaftswachstum	8 %/a	4,7 %/a	- 1 %/a
Primärenergieverbrauch	4,6 %/a	4,6 %/a	- 1 %/a
Stromverbrauch	9,8 %/a	7,3 %/a	2,9 %/a

Aber:

Die Forderung nach Ausbau von Kernenergie als Energieträger funktioniert nach der einfachen wie falschen Formel:
Um ein, ohnehin in den nächsten Jahren wohl kaum erreichbares, wirtschaftliches Wachstum, das Vollbeschäftigung sichert, zu gewährleisten, muß ein entsprechend hohes Energieangebot vorhanden sein.

Politik also ist Fortschreibung ökonomischer Trends

Bei einer solchen Betrachtung bleibt unberücksichtigt:

1. Die unterdurchschnittlichen Energiesteigerungsraten nach der Herkunft der Verbraucher, also privater oder industrieller Energieverbrauch,
2. die Möglichkeit, Energie einzusparen,
3. mögliche Sättigungsgrenzen im privaten Energieverbrauch,
4. die Verwendung alternativer Energiearten.

Die dreimalige Korrektur der Bundesregierung in ihrer energiepolitischen Bedarfsrechnung für 1985 zeigt nicht die prognostische Schwäche der zuständigen Ministerien an. Sie weist auf etwas anderes hin: Politik als Trendfortschreibung kann sich unter politischem Druck korrigieren. Die Entkoppelung der Politik von ökonomischen Trendvorgaben

ist möglich.

Ursprünglich sah die Energiebedarfsprognose im Primärenergiebedarf für 1985 eine Größenordnung von 50 000 MW vor; die erste Korrektur erfolgte dann herunter auf 35-40.000 MW, inzwischen spricht man in Bonn lediglich von einem Bedarf von 25-30 000 MW.

In Zuwachsraten ausgedrückt, hielt die Bundesregierung eine jährliche Zuwachsrate von 4 % 1977 für notwendig, das energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln sprach lediglich von einer Zuwachsrate von 2,7 - 2,8 % jährlich bis 1985, Prof. Frank Haenschke von der TU Aachen hält auch diese Zahl noch für zu hoch gegriffen.

Für Haenschkes Ansicht spricht, daß unter dem Zwang der Ölpreissteigerungen nach 1974 die großen amerikanischen Industriefirmen zwar ihre Produktion weiter ausweiteten, ihren Energiebedarf aber durch Einsparungsmaßnahmen drastisch senkten, also selbst aus Preisgründen die nicht für möglich gehaltene Entkoppelung von Energieverbrauch und Wirtschaftsproduktion durchführten.

Der wirkliche Zusammenhang zwischen Energiepolitik und Arbeitsplätzen

Der wirkliche Zusammenhang Beschäftigungspolitik/ Energieversorgung ist ein ganz anderer:

Um den vermeintlichen oder auch wirklichen Rückstand deutscher Kernenergieforschung gegenüber den anderen Industriestaaten nach dem 2. Weltkrieg aufzuholen, haben 1956-76 Länder und Bund 17,5 Mrd. DM in Atomprogramme investiert, davon immerhin 26 % in die Entwicklung von Reaktorbauten mit der vom zuständigen Bundesministerium 1977 zitierten Folge, "daß in den letzten Jahren auch die deutsche Reaktorindustrie auf den Weltmärkten Erfolge errungen hat".
Das ist der Punkt:
Genau zu einem Zeitpunkt, wo die Investitionen beginnen rentabel zu werden, bekommt man es plötzlich mit einer Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken zu tun. Erst seit 1972 werden Mittel für die nichtnukleare Energieforschung eingesetzt.

Die Relation:
10 Mio DM für nichtnukleare Energieforschung
789 Mio DM für nukleare Energieforschung.

Erst im Energieprogramm 1977-80 und im Programm für Zukunftsinvestitionen sind für Energiesparmaßnahmen, Kohletechnologie und nichtnukleare Energieträger nennenswerte finanzielle Forschungsmittel eingesetzt:

- rationelle Energieverwendung 480 Mio DM
- Kohle und andere fossile Energieträger 940 Mio DM
- neue Energiequellen 570 Mio DM

insgesamt 1,9 Mrd. DM

- Kernenergie 4,5 Mrd. DM
  davon nukleare Sicherheitsforschung 666 Mio DM.

Ein Zusammenhang zwischen Beschäftigungslage und Kernenergie ist vorhanden, aber nicht quasi naturgesetzlich, sondern ökonomisch bestimmt: durch - korrigierbare - politische Entscheidungen begünstigt.

Dabei geht es um beträchtliche Größenordnungen.

Im Kernkraftwerk Kalkar, dem ja derzeit brisantesten Projekt infolge der dort anfallenden Plutioniumproduktion, sind bereits

- 1,1 Mrd. DM verbaut von
- einer gesamt veranschlagten Bausumme von 2,6 Mrd. DM.

Die Investitionssumme für ein Kernkraftwerk kann man derzeit mit etwa 3 Mrd. DM beziffern. Zum Vergleich: Der Bau eines Kohlekraftwerkes kostet 2 Mrd. DM.

Nimmt man das 16 Mrd. Programm für Zukunftsinvestitionen als wichtigster beschäftigungspolitischer Impuls von Bund und Ländern bis 1980 als Vergleichsmaßstab, kann man ermessen, was ein durchgehender Baustop für Atomkraftwerke ökonomisch bedeutet,

Unter diesen Umständen bleibt festzuhalten:
Kernkraftbefürworter, die den polemischen Zusammenhang konstruieren, daß, wer gegen Kernkraftwerke sei, für Arbeitslosigkeit eintrete, beschreiben einen Zusammenhang, der von ihnen selbst politisch herbeigeführt worden ist und den sie nun als vermeintlich zwangsläufig festschreiben wollen.

Er besteht prinzipell nicht. Denn natürlich schafft die Notwendigkeit alternativer Energieproduktion alternative Arbeitsplätze.

Er besteht aber derzeit de facto.

Denn bei der langen zeitlichen Entwicklungsphase, bis alternative Energieträger in den Bereich der Wirtschaftlichkeit kommen, fallen Arbeitsplätze fort, wenn der Bau von KKW's gestoppt wird.

Dies ist aber das Dilemma nicht der Kernkraftgegner sondern der Politik,

- die nur eingeschlagene ökonomische Trends fortschreibt,
- und auch derer, die heute Kernkraftgegner, früher nichts unternommen haben, um auf solche politischen Strukturentscheidungen Einfluß zu nehmen.

Auch dies muß man, um redlich zu sein und um eine Kreuzzugsstimmung abzubauen, hinzufügen:

Das Landtagswahl-Programm der SPD 1971 unter dem Spitzenkandidaten Jochen Steffen sah den Bau von 4 Kernkraftwerken mit der Begründung vor

- o Kernkraft sei die umweltfreundlichste Zukunftsenergie
  und
- o ein überproportionales Energieangebot sei die Voraussetzung für ein überproportionales Wachstum im wirtschaftlich unterentwickelten Schleswig-Holstein.

Was ist jetzt zu tun?

Heute sind in der Bundesrepublik über 7000 MW aus Kernkraftwerken in Betrieb, etwa 10 000 sind ungestört im Bau, unter Abzug der ca. 4000 MW an genehmigten, aber gerichtlich gestoppten Kernkraftwerken. Würden also nur die heute ungestört im Bau befindlichen Kernkraftwerke bis 1985 fertiggestellt, so bliebe nach der neuen Berechnung des Bundeswirtschaftsministeriums bis 1985 ein Defizit etwa von der Größe der Berichtigung, die in den letzten acht Monaten nötig wurde.

Man kann in der Stromversorgung über die Größe der heute ungenutzten Kapazitäten streiten. Sicher ist, daß sie seit 1970 gewachsen sind und in den nächsten Jahren weiter wachsen. Ich traue auch den Berechnungen nicht, die bis 1985 in der Bundesrepublik phantastische Überkapazitäten ankündigen. Solche Berechnungen sind zumindest nicht weiter von der Wirklichkeit entfernt als die Behauptung, daß bei uns die Lichter ausgehen, wenn Brokdorf nicht gebaut wird. Strom kann auch teurer werden, wenn Milliarden-Investitionen nicht ausreichend genutzt werden.

Wir haben heute keinen Energiemangel. Wir haben Kohlehalden von 33 Millionen Tonnen und Überfluß an schwerem Heizöl. Die BP bietet sich an, denkbare Energielücken zu schließen.

Die Eigenproduktion in der Industrie bleibt meist ungenutzt, weil die Energieversorgungsunternehmen kein Interesse an diesem Strom haben. Und wir kennen Fälle, wo die Energieversorgungsunternehmen Kohlekraftwerke nicht bauen wollen, weil sie nicht wissen, wem sie den Strom verkaufen sollen. Deshalb gibt es keinen vernünftigen Grund zu der Annahme, daß wachsender Bedarf in absehbarer Zeit nicht durch Kohle gedeckt werden könnte.

Jede politisch gewollte technisch-ökonomische Weichenstellung schafft und zerstört Arbeitsplätze. Die Entscheidung der EG, Textilien aus Niedriglohnländern in unser Land zu lassen, hat ein Vielfaches dessen an Arbeitsplätzen beseitigt, was heute - zumal nach den gewaltigen Exportaufträgen - in der Reaktorindustrie auf dem Spiel steht. Gegenwärtig verlieren monatlich mehr als 1.000 Bergleute ihre Arbeit. Dazu kommt, daß die meisten Arbeitsplätze, die für den Bau eines Kernkraftwerks nötig sind, auch beim Bau eines Kohlekraftwerks gebraucht werden. Jeder Mensch hängt an seinem Arbeitsplatz. Und doch müssen in einer dynamischen Wirtschaft sogar in der Hochkonjunktur jährlich Millionen einen neuen Arbeitsplatz suchen, weil der alte verloren ging.

Das eigentliche Problem ist, daß in der Reaktor-Industrie Erfahrungen nicht verloren gehen dürfen, wenn nur die Option Kernenergie offen bleiben soll.

Daher haben wir auf Vorschlag von Hans Matthöfer in Hamburg beschlossen, daß notfalls - und ich glaube nicht, daß dieser Notfall eintritt - ein Sonderprogramm die technischen Fähigkeiten in der Reaktor-Industrie bewahren soll.

7 Gründe für Priorität Kohle

Wenn wir Kohlekraftwerken den Vorrang geben, so hat dies viele Gründe:

1. Sie bringen keine zusätzlichen Sicherheitsrisiken, vor allem dann, wenn mit zusätzlichen technischen Einrichtungen z.B. die schwefelhaltigen Abgase vermieden werden.

2. Stromerzeugung über Kohle läßt sich besser dezentralisieren. Der Nutzungsgrad der Primärenergie ist wesentlich höher und kann durch neue Verfahren und Wärme-Kraft-Koppelung weiter erhöht werden.

3. Kohlekraftwerke kennen kein ernsthaftes Entsorgungsproblem.

4. Die Beseitigung eines veralteten Kohlekraftwerkes bereitet keine technischen Schwierigkeiten.

5. Kohle ist unsere einzige nennenswerte heimische Energiequelle.

6. Ein 700 MW-Kohlekraftwerk schafft ca. 6.000 bis 7.000 Arbeitsplätze, bis es im Betrieb ist.

7. Kohlekraftwerke haben eine kürzere Bauzeit als Kernkraftwerke. Wenn wir also 1982 zu dem Ergebnis kommen sollten, wir müßten bis 1987 zusätzliche Kapazitäten haben, so reicht es immer noch für den Bau eines Kohlekraftwerkes. Und wenn wir wirklich, schon für 1982 eine Lücke zu befürchten hätten, dann käme jedes Kernkraftwerk ohnehin zu spät.

Was ist jetzt zu tun?

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird deshalb

- dem Bau neuer Kohlekraftwerke Vorrang geben vor dem Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf,
- dem in Bau befindlichen Kernkraftwerk in Krümmel erst eine Betriebsgenehmigung erteilen, wenn die unschädliche Entsorgung des Atommülls gesichert ist,
- ein landeseigenes Energiesparprogramm entwickeln und materielle Anreize für die Erprobung alternativer Technologien geben.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird aber auch für Schleswig-Holstein als revierfernstes Land unmißverständlich vom Bund verlangen müssen, einen finanziellen Eigenbeitrag zum Kostenausgleich für den Einsatz heimischer Steinkohle zur Energieerzeugung in revierfernen Gebieten zu leisten. Denn sonst müßte aus der Sicht Schleswig-Holsteins der Einsatz der fast in den

Betriebskosten mit der Kernkraft vergleichbaren Importkohle ernsthaft geprüft werden.

Entscheidend wird jetzt sein

1. Ob das in Hamburg ergänzend zur vorhandenen Kohleförderung geforderte zusätzliche "System des Frachtkostenausgleichs für revierferne Bundesländer" tatsächlich geschaffen wird, und ob neue Kohlekraftwerke (auch über verbindliche Rahmenkriterien im Bundesraumordnungsgesetz) in die Standortvorsorgepläne der Länder gebracht werden können.

2. Mit der Durchsetzung der Priorität Kohle, die energie- wie arbeitsmarktpolitisch geboten ist, muß die konzeptionelle Bemühung gekoppelt sein, heute eine Energieversorgungsstrategie zu entwickeln, die uns morgen den Verzicht auf den Zubau weiterer Kernkraftwerke ermöglicht.

In diesem Zusammenhang ist es unerläßlich, daß die Bundesregierung einmal von kompetenter Seite darstellen läßt, wieweit, in welchen zeitlichen Grenzen und mit welchen Konsequenzen der Einsatz der Kernenergie möglichst weitgehend reduziert werden kann.

Eine entsprechende Energiestudie müßte 4 Komplexe darstellen:

1. Welche Nachfrage nach Energieträgern ist in Abhängigkeit von der Zeit zur Deckung des absehbaren Bedarfs an Gütern und Dienstleistungen bei

- möglichst weitgehender direkter Nutzung der eingestrahlten Sonnenenergie und
- maximaler Rationalisierung des Einsatzes, also maximaler Verwendungsintelligenz der Energieträger

zu erwarten?

2. Welches Angebot an fossilen und regenerierbaren Energieträgern kann dieser Nachfrage in Abhängigkeit von der Zeit maximal gegenüberstehen?

3. Welche neuen gesellschaftlichen Probleme sind insbesondere unter Aspekten der Wirtschaftlichkeit, der internationalen Verträglichkeit, der Umweltverträglichkeit mit unterschiedlicher Nachfrage- bzw. Angebotsszenarien zu erwarten?

4. Welche Maßnahmen und Instrumente sind geeignet, ein Minimum Kernenergie-Szenario auf eine politisch denkbare Weise in der Bundesrepublik Deutschland parlamentarisch-demokratisch durchzusetzen?

Ich weiß, daß es leichter ist, eine Protestbewegung gegen konkrete Projekte (z.B. Brokdorf) in politische Mobilisierung umzusetzen. Worauf es aber jetzt ankommt, ist etwas Notwendiges, aber Schwieriges: die vorhandene Chance für eine alternative Energiepolitik wirklich zu nutzen.

Erhard Eppler ist wegen seiner Zustimmung zum Hamburger Beschluß häufig kritisiert worden. Er hat dies getan, weil er den <u>realen</u> politischen Ge-

staltungsraum, den der Hamburger Parteitagsbeschluß bietet, nutzen wollte. Als erster Fraktionsvorsitzender hat er dann auch einen Kohle-Verstromungs-Plan für Baden-Württemberg vorgelegt. Die politischen Mehrheitsverhältnisse in Baden-Württemberg ~~werden auf absehbare Zeit~~ verhindern, daß dieses Programm zum Regierungsprogramm wird.

In Schleswig-Holstein könnte dies anders sein. Gerade deshalb brauchen wir die fordernde Unterstützung derer, die mit uns eine alternative Energiepolitik wirklich wollen.

Ich möchte deshalb abschließend versuchen, in diesem Zusammenhang unser Verhältnis zu den Bürgerinitiativen neu zu bestimmen. Dies ist wichtig, auch angesichts der Tatsache, daß die Grünen in Hamburg und Niedersachsen, vielleicht auch demnächst in Schleswig-Holstein, zu Landtagswahlen antreten oder antreten werden.